

## Bundestagswahl 2017

### Die wichtigsten Aussagen der Parteien zu den Themen Bildung, Arbeitsmarktpolitik und Migration

CDU/CSU	SPD	Die Linke	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP
<b>Wahlprogramme 2017-2021</b>				
<i>Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben</i>	<i>Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken</i>	<i>SOZIAL GERECHT FRIEDEN FÜR ALLE Die Zukunft, für die wir kämpfen!</i>	<i>Zukunft wird aus Mut gemacht</i>	<i>DENKEN WIR NEU „SCHAUEN WIR NICHT LÄNGER ZU“</i>
<b><u>Schule und Bildung</u></b>				
<b>Frühkindliche Bildung</b>				
<p>Wahlfreiheit der Eltern im Hinblick auf Erziehung und Betreuung.</p> <p>Parallel zu <b>Erhöhung der Zahl der Betreuungsplätze</b> soll die Qualität von Bildung und Betreuung weiter ausgebaut werden -Ausstattung von Kindertages- und Betreuungseinrichtungen</p>	<p>Plant eine schrittweise <b>Abschaffung der Kita-Gebühren.</b></p> <p>Steigerung der Qualität der Kitas und gesunde Ernährung mit Unterstützung des Bundes durch ein bundesweites Gesetz.</p> <p>Aufwertung des Berufs des Erziehers durch</p>	<p>Fordern die Einführung eines <b>Kitaqualitätsgesetzes</b> und einen bundesweit <b>einheitlichen Betreuungsschlüssel.</b></p> <p><b>Gebührenfreie Kitas,</b> kostenlose gesunde und warme Essensversorgung</p> <p>Fordern einen</p>	<p>Fordern mindestens 3 Mrd. Euro pro Jahr vom Bund für die frühkindliche Bildung.</p> <p><b>Anspruch aller Kinder auf einen Ganztagsplatz</b> in einer Kita im Alter von 0 bis zur Einschulung.</p> <p>Mindeststandards für die</p>	<p>Setzt sich für bessere <b>Bezahlung</b> und <b>Ausbildung</b> des Kita-Personals ein.</p> <p>Fordert eine <b>umfassende Sprachförderung</b> der Kinder vor der Einschulung.</p>

<p>mit ausreichend und gut ausgebildetem Personal-</p>	<p>Fachkräfteoffensive. Aufwertung und Professionalisierung der Kindertagespflege.</p>	<p><b>Rechtsanspruch</b> auf einen Ganztagskitaplatz ohne Bedarfsprüfungen.</p> <p>Aufwertung der Erziehungs- und Sozialberufe, die Ausbildung als Erzieherin und Erzieher in der frühkindlichen Bildung soll auf Hochschulniveau angehoben werden.</p> <p><b>Abschaffung des Schulgeldes für die Erzieherausbildung</b> sowie bessere Vergütung während der Ausbildung.</p>	<p>Qualität sollen bundesweit per Gesetz festgelegt werden, um Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auch Kinder mit Behinderung in eine Kita gehen können.</p> <p>Neugestaltung und Steigerung der Attraktivität der Erzieher-Ausbildung - Rahmenbedingungen zur besseren Aus- und Weiterbildung schaffen - sowie bessere Bezahlung von Erziehern.</p> <p>Fordern <b>sozial gestaffelte Elternbeiträge</b> in der Kindertagesbetreuung.</p>	
<p><b>Bildung allgemein</b></p>				
<p><i>Beste Bildung und Ausbildung</i></p> <p>Alle Kinder in Deutschland sollen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Bildungsstand der Eltern die beste verfügbare Bildung und Ausbildung erhalten.</p> <p>Durchlässigkeit zwischen</p>	<p><i>Es ist Zeit für beste Schulen</i></p> <p>Fordert eine „Nationalen Bildungsallianz“, um alle Kräfte zu bündeln.</p> <p>Fordert gleiche Chancen für alle und gebührenfreie Bildung - von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master</p>	<p><i>Bildung ist ein Menschenrecht Gute Bildung. Für alle.</i></p> <p>Fordert die <b>Abschaffung jeglicher Gebühren im öffentlichen Bildungssystem</b>, Lehr- und Lernmittelfreiheit, kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule sowie</p>	<p><i>Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen</i></p> <p>Erklärtes Ziel: mindestens sieben Prozent der Wirtschaftsleistung in die allgemeine Bildung und mindestens 3,5</p>	<p><i>Weltbeste Bildung für jeden</i></p> <p>Setzt auf mehr <b>Eigenständigkeit</b> der Schulen, Schulen sollen selbst über ihren Haushalt, ihr Profil und ihr Personal entscheiden. <b>Einheitliche</b></p>

<p>Schultypen und Ausbildungswegen.</p> <p><b>Erhaltung des Gymnasiums</b> als eigenständige Schulform.</p> <p>Ergänzende Positionen der Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus dem Bereich Bildung zur Rolle der Schulen in freier Trägerschaft:</p> <p>"CDU und CSU bekennen sich – neben den öffentlichen Schulen – ausdrücklich zu Schulen in freier und privater Trägerschaft. Ihre Gründung genießt den Schutz des Grundgesetzes (Art. 7 GG). Sie sind Ausdruck eines großen bürgerschaftlichen und vor allem auch kirchlichen Engagements und bereichern durch religionspädagogische und andere alternative Konzepte unsere Bildungslandschaft. Wir stehen für eine verlässliche Unterstützung der Schulen in freier und privater Trägerschaft, zumal sie wichtige pädagogische Impulse setzen, auch in</p>	<p>und zur Meister/Technikerprüfung.</p> <p>Schulmodernisierungsprogramm für gut ausgerüstete Klassenzimmer, barrierefreie Gebäude und moderne Ausstattung, auch mit digitaler Technik.</p> <p>Angesichts zahlreicher Herausforderungen (kulturelle Vielfalt, Vielfalt von Lebensmodellen, gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, digitale Bildung) <b>Fortsetzung und Weiterentwicklung der Qualitätsoffensive Lehrerbildung</b> von Bund und Ländern.</p>	<p>kostenfreie Beförderung.</p> <p>Fordert eine "Schule für alle" (Gemeinschaftsschule), inklusive Schulformen und mehr Personal in Bildung und Erziehung</p> <p><b>Schulsozialarbeit</b> soll dauerhaft fester Bestandteil der schulischen Arbeit werden.</p> <p>Plant die Sanierung von Gebäuden, Barrierefreiheit herzustellen und die digitale Infrastruktur auszubauen.</p> <p>Unbefristete Beschäftigung von Lehrkräften als Regel.</p> <p><b>Bundeseinheitliche Standards in der Bildung,</b> Bildungsrahmengesetz für Standards der Lehr- und Lernbedingungen.</p> <p>Erhöhung der Ausbildungszahlen und Einstellungszahlen von Lehrkräften.</p>	<p>Prozent in Forschung und Entwicklung zu investieren.</p> <p>Fordert die <b>beitragsfreie Bildung</b> von Anfang an.</p> <p>Fordert ein längeres gemeinsames Lernen.</p> <p>Förderung des Auf- und Ausbaus von Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschulen.</p> <p>Der Bund sollte seine neuen Möglichkeiten, finanzschwache Kommunen im Bildungsbereich zu unterstützen, rasch nutzen und ein Förderprogramm zur Sanierung von maroden Schulen auflegen.</p> <p>Unterstützung der Länder und Kommunen dabei Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen besser auszustatten; Stärkung einer demokratisch organisierten Schule durch „Nationalen</p>	<p><b>Bildungsstandards</b> geben das Ziel vor.</p> <p>Fordert, die Finanzierung von Schulen, Kindergärten und Kitas schrittweise auf <b>Bildungsgutscheine</b> umzustellen - diese erhalten Eltern pro Kind und geben sie an die von ihnen gewählte Bildungseinrichtung weiter -. Staatliche, kommunale und Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft erhalten pro Kind den gleichen Betrag, damit Eltern nicht nur die freie Wahl zwischen verschiedenen öffentlichen Angeboten, sondern auch zwischen öffentlichen und freien Trägern haben.</p> <p>Bessere Anreize, Auswahl, Ausbildung und Bezahlung der Lehrer.</p> <p>Rahmenbedingungen</p>
---	---	--	---	---

<p>Fragen der Werteerziehung."</p>		<p>„Die Privatisierung von öffentlichen Bildungseinrichtungen muss gestoppt und umgekehrt werden“</p>	<p>Aktionsplan“ Bildung für nachhaltige Entwicklung</p>	<p>für Quereinsteiger verbessern, berufsbegleitende Aufbaustudiengänge und Ressourcen zur Betreuung durch erfahrene Lehrkräfte.</p> <p>Fordern verpflichtende regelmäßige Fortbildung für Lehrkräfte.</p> <p>„Die FDP fordert eine gleichwertige Unterstützung der <b>Schulen in freier Trägerschaft</b>. Im Rahmen eines fairen Wettbewerbs aller Schulen miteinander fordert die FDP für Schulen in freier Trägerschaft die gleiche Anerkennung und finanzielle Unterstützung wie für die staatlichen Schulen. Im Gegenzug soll ein Aufnahmegebot für die Schulen für gleiche Zugangschancen aller Kinder sorgen“.</p>
------------------------------------	--	---	---	--

<b>Ganztagsschulen</b>				
<p>Einführung eines <b>Rechtsanspruchs</b> für eine bedarfsgerechte Betreuung im Grundschulalter unter Beachtung der Flexibilität sowie Erhalt der Vielfalt der bestehenden Betreuungsmöglichkeiten.</p>	<p><b>Rechtsanspruch</b> für Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern - mit finanzieller Beteiligung des Bundes.</p> <p>Plant Investitionen in den Ausbau von Ganztagschulen.</p>	<p>Fordert eine rechtliche und finanzielle Grundlage für ein <b>flächen- und bedarfsgerechtes ganztägiges Schulangebot</b>.</p>	<p><b>Rechtsanspruch</b> auf Ganztags- oder Hortbetreuung bis zum Ende der 4. Klasse.</p>	
<b>digitale Bildung</b>				
<p>Fordert eine <b>Digitale Bildungs-offensive</b> für Schüler, Auszubildende, Studenten und Lehrkräfte – plant mittels <b>Digitalpakt</b> dafür zu sorgen, dass allgemeinbildende und berufliche Schulen über die erforderliche Ausstattung für die Digitalisierung verfügen.</p> <p>Will sicherstellen, dass bundesweit alle Schulen an das schnelle Internet angebunden sind und unterstützt die Schaffung einer neuen Bildungs-Cloud.</p> <p>Plant die Länder dabei zu unterstützen, durch <b>Weiterbildung</b> von ausreichend Lehrkräften die</p>	<p>Digitale Bildung soll Gegenstand von <b>Schul- und Unterrichtsentwicklung</b> werden.</p> <p>Digitale Kompetenzen sollen fächerübergreifend erworben werden.</p> <p>Entwicklung neuer <b>Bildungsstandards</b> für alle Bildungsbereiche und Schulstufen gemeinsam mit den Ländern.</p> <p>Vernetzte <b>digitale Lern-Plattformen</b>, um digitalisierte Lernmaterialien offen zur Verfügung zu stellen.</p>	<p><b>Zugang zu Bildung für alle, auch digital</b>, der Ausbau der IT müsse einhergehen mit der Ausbildung und Fortbildung für Lehramtsstudierende und aktive Lehrkräfte.</p> <p>Digitale Medien dürfen nicht zum Einfallstor für Privatisierung der Bildung durch private kommerzielle Anbieter, Unternehmen oder Verlage werden. Die in Bildungseinrichtungen eingesetzte Software sollte <b>freie Software</b> sein, die Hardware sollte nach Möglichkeit offen spezifiziert sein.</p>	<p>Fordern, dass die <b>"Kulturtechniken" der Digitalisierung</b> - vom Programmieren bis zum kritischen Umgang mit digitalen Geräten und Prozessen - allen Schülern vermittelt werden.</p> <p>Dafür sollen in allen Bundesländern <b>Basiskompetenzen im Bereich Informatik, Medienanwendung und kritischer Medienkunde</b> verbindlich eingebracht werden.</p> <p>Unterstützen Open Access ebenso wie freie</p>	<p>Strebt einen <b>Staatsvertrag</b> zwischen Bund und Ländern, zur Regelung des Ausbaus der digitalen Infrastruktur an.</p> <p>Plant in den nächsten fünf Jahren pro Schüler zusätzlich insgesamt <b>1.000 Euro</b> für Technik und Modernisierung zu investieren.</p> <p>Fokus auf <b>Medienkompetenz</b> in den Bildungsstandards legen.</p>

<p>digitalen Kompetenzen der Schüler-/innen möglichst umfassend zu fördern.</p> <p>Wollen digital innovative Hoch- und Fachhochschulen in Zusammenarbeit mit den Ländern stärken.</p>		<p>Jedes Kind sollte nach Möglichkeit ein <b>mobiles Endgerät</b> als Teil der Bildungsausstattung zur Verfügung haben.</p> <p>IT-Infrastruktur müsse durch Fachpersonal betreut werden – Schaffung entsprechender <b>Planstellen</b> -.</p>	<p>und nicht-kommerzialisierte Zugänge zu Lehr- und Lernmaterialien und setzen sich für eine Bildungs- und Wissenschaftsschranke ein.</p> <p>Unterstützung von Schulen bei Vorlage eines stimmigen pädagogischen Konzeptes für digitales Lernen.</p>	<p>Digitale Bildung muss festen Bestandteil in der Lehreraus- und Weiterbildung werden.</p> <p>Fordern mehr digitale Bildung in der dualen Ausbildung.</p>
<b>Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern</b>				
<p>Schulbildung ist nach der Ordnung des Grundgesetzes <b>Ländersache</b> und soll es auch bleiben. Dennoch gibt es eine gesamtstaatliche Verantwortung: Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse setze die Gleichwertigkeit von Bildung voraus.</p>	<p>Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Der Bund soll in finanzschwachen Kommunen direkt in Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen, Horte und Berufsschulen investieren können. Fordern die vollständige <b>Aufhebung</b> des Kooperationsverbotes.</p>	<p>Die LINKE steht zu "Bildungspolitik ist Ländersache", fordert aber eine <b>Zusammenarbeit von Bund und Ländern</b> in der Bildung. Sie wollen das Kooperationsverbot komplett aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern.</p>	<p>Die GRÜNEN fordern, das Kooperationsverbot <b>komplett aufzuheben</b>. Bund und Länder sollen gemeinsam in Bildung investieren und gute Rahmenbedingungen schaffen können (Schulen, Berufsschulen, Weiterbildungseinrichtungen).</p>	
<b>Berufsbildung allgemein / Berufsausbildung 4.0</b>				
<p>Die CDU/CSU bekennt sich zur dualen Ausbildung in Betrieb und Schule und will</p>	<p>Neben einer <b>Ausbildungsgarantie</b> für</p>	<p>Die LINKE fordert ein Recht auf</p>	<p>Die GRÜNEN befürworten eine</p>	<p>Die FDP fordert eine <b>Exzellenzinitiative berufliche Bildung:</b></p>

<p>diese stärken.</p> <p>Höhere Berufsbildung soll in stärkerem Maße möglich werden. Der Meisterbrief soll erhalten bleiben bzw. geprüft werden, ihn für weitere Berufsbilder EU-konform einzuführen bzw. wieder einzuführen.</p> <p>Durch einen Meisterbonus sollen bei bestandener Meisterprüfung angefallene Gebühren ganz oder teilweise erstattet werden.</p> <p>Im Rahmen der <b>Digitalen Bildungsoffensive und des Digitalpaktes</b> sollen auch die beruflichen Schulen und Auszubildenden vorbereitet werden auf das digitale Zeitalter.</p> <p>Die Chancen der Digitalisierung könnten nur genutzt werden, wenn in allen Bereichen genügend gut und hervorragend ausgebildete Arbeitskräfte verfügbar seien.</p>	<p>alle jungen Menschen soll zugleich die <b>Qualität</b> der dualen Ausbildung gesteigert werden, auch um bspw. die sozialen Berufe attraktiver zu machen.</p> <p>Mit einer <b>Mindestausbildungsvergütung</b> (tarifliche Lösungen haben Vorrang) soll die Eigenständigkeit während der Ausbildung ermöglicht werden.</p> <p>Die SPD strebt einen Berufsschulpakt an, um die Ausstattung zu modernisieren. Der Pakt soll von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden.</p> <p>Planen ein Berufsschulpaket – getragen durch die Länder und den Bund – zur Modernisierung der Ausstattung und wollen dafür sorgen, dass genügend gute Lehrkräfte zur Verfügung stehen.</p> <p>Einführung von Ankündigungsfristen, wenn</p>	<p><b>gebührenfreie und vollqualifizierende Ausbildung.</b> Sie schlägt eine solidarische Umlagefinanzierung vor, die alle Betriebe in die Pflicht nimmt, damit ausreichend duale und qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze bereitstehen.</p> <p>Durch eine grundlegende <b>Reform des BBiG</b> soll eine Verbesserung der Ausbildungsqualität erreicht werden.</p> <p>Die <b>Ausbildungsvergütung</b> müsse zum Leben unabhängig von den Eltern reichen.</p> <p>Die LINKE fordert einen <b>Berufsschulpakt</b>, mit dem Investitionen für Qualität an beruflichen Schulen getätigt werden können.</p> <p>Die LINKE fordert, dass auch im Zuge der</p>	<p>branchen- und regionsspezifische Umlage zur <b>solidarischen Finanzierung</b> der Berufsausbildung.</p> <p>Neben der Stärkung der Tarifautonomie und ergänzend zu den einzelnen Tarifverträgen, fordern sie eine <b>Mindestausbildungsvergütung</b> und einen leichteren Zugang zur Berufsausbildungsbeihilfe.</p>	<p>Stärkung des Berufsbildungssystems, zu dem die duale Ausbildung und die Abschlüsse der Höheren Beruflichen Bildung (u.a. Meister, Fachwirte) gehören.</p> <p>Die FDP setzt sich für <b>mehr digitale Bildung in der dualen Ausbildung</b> ein. Zukünftig müssen alle Ausbildungsberufe mit digitalen Medien unterrichtet werden. Das Fach Informatik muss wesentlicher Bestandteil der berufsschulischen Ausbildung sein.</p> <p>Die FDP setzt sich für eine <b>elternunabhängige Ausbildungsförderung</b> für volljährige Schüler, Auszubildende und Studierende ein. Die Förderung sollte aus einem Zuschuss in</p>
---	--	---	---	--

	<p>Auszubildende nach Ausbildung nicht übernommen werden.</p> <p><b>Fordert ein Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0</b>, um mit Veränderungen der Digitalisierung Schritt zu halten und die Weiterentwicklung des Berufsbildungsgesetzes. Eine Schlüsselrolle soll die regelmäßige Weiterbildung der betrieblichen Ausbilder einnehmen. Ebenso soll der <b>berufsbegleitenden Qualifizierung</b> eine zentrale Rolle zukommen.</p> <p>Die Vorteile der beruflichen und akademischen Bildung sollen durch mehr <b>Durchlässigkeit</b> in beide Richtungen miteinander verknüpft werden. Wer den Meisterbrief hat, soll künftig auch zum Masterstudium zugelassen werden.</p> <p>Es soll <b>finanziell</b> möglich werden, in jeder Lebensphase zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu wechseln. Daher sollen die Leistungen des BAföG verbessert werden, um</p>	<p>Digitalisierung und der <b>notwendigen Weiterbildung</b> die Unternehmen nicht die Verantwortung für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten abgeben können.</p> <p>Fordert ein umfassendes Recht auf Weiterbildung, Fortbildungsmaßnahmen im Interesse der Unternehmen, wobei diese Maßnahmen auch von den Unternehmen bezahlt werden sollen. Die LINKE fordert einen <b>allgemeinverbindlichen Tarifvertrag</b> für Lehrkräfte in allen Bereichen der Weiterbildung.</p> <p>Umwandlung von <b>Honorarverträgen</b> in Festanstellungen. Honorarverträge, soweit sie nötig oder vom Beschäftigten gewollt sind, müssen an die</p>		<p>Höhe von 500 Euro sowie einem Darlehensangebot bestehen.</p>
--	---	---	--	---

	insbesondere einen späteren Studienbeginn oder Teilzeitstudien zu fördern.	Konditionen im Tarifvertrag angepasst werden, auch bei Lehrkräften in den Sprach- und Integrationskursen.		
<b>Benachteiligte Jugendliche, Übergang Schule-Beruf</b>				
<p>Hinsichtlich der <b>Schulabbrecher</b> setzen CDU/CSU auf den ständigen Dialog mit den Ländern. Denn auf diese Weise sei die Zahl der Schulabbrecher seit 2006 um über ein Viertel gesenkt worden.</p> <p>Zusätzliche <b>Beratung</b>, passgenaue Unterstützungsangebote sowie Qualifizierung sollen die Attraktivität der beruflichen Bildung steigern und für mehr Abschlüsse sorgen.</p>	<p>Frühzeitige <b>Berufs- und Studienorientierung</b> und, wenn nötig, eine unterbrechungsfreie <b>Berufseinstiegsbegleitung</b>.</p> <p>Flächendeckende Einführung der <b>Jugendberufsagenturen und Mindestausbildungvergütung</b>.</p> <p>Das Ende der Schulpflicht soll nicht dazu führen, dass Jugendliche keine Chance erhalten, eine Schule oder Berufsschule zu besuchen. Statt schärferer Sanktionen für unter 25-jährige im SGB II soll gezielte Förderung stattfinden.</p> <p>Die <b>Assistierte Ausbildung</b> soll bundesweit</p>	<p>Die LINKE fordert, dass am Ende von berufsvorbereitenden Maßnahmen ein verbindliches <b>Ausbildungsangebot</b> stehen muss.</p> <p>Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung sollen einen anerkannten Berufsabschluss machen können - unabhängig von ihrem Alter.</p>	<p>Die GRÜNEN fordern eine <b>Ausbildungs-garantie</b>, die an die Stelle von Fördermaßnahmen treten soll. Alle Jugendlichen sollen direkt nach der Schule eine anerkannte Berufsausbildung beginnen können.</p>	

	<p>ausgebaut und gleichzeitig sollen die <b>ausbildungsbegleitenden Hilfen</b> gestärkt werden.</p> <p>Anpassung des BAföG an die vielfältigen Bildungswege und bedarfsdeckende Erhöhung der Fördersätze</p> <p>Will das Schüler-BAföG ausbauen und das Meister-BAföG weiterentwickeln und stärken.</p>			
<p><b>Ausbildung Gesundheitsberufe</b></p>				
<p>Plant die Abschaffung des <b>Schulgelds</b> für die Ausbildungen der Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie und den weiteren Heilberufen.</p>	<p>Fordert, dass aus der <b>vollschulischen Ausbildung eine duale Ausbildung</b> wird, die dadurch <b>gebührenfrei</b> ist und die Auszubildenden eine <b>Ausbildungsvergütung</b> erhalten.</p> <p>Schaffung eines <b>bundeseinheitlichen Rahmens</b> für die Gesundheitsfachberufe.</p>	<p>DIE LINKE fordert, dass Ausbildungen in Gesundheitsberufen <b>gebührenfrei</b> sein müssen und Arbeitsleistungen während der Ausbildung vergütet werden.</p>	<p>Die GRÜNEN fordern eine gute, zahlenmäßig ausreichende und <b>kostenlose Ausbildung</b> aller Gesundheitsberufe (Altenpflege, Physio- oder Ergotherapie, Logopädie, Hebammen).</p> <p>Es bedarf zusätzlicher Ausbildungsplätze für</p>	<p>Die FDP fordert die <b>integrative Ausbildung</b> der Pflegekräfte. Integrative Ausbildung bedeutet ein gemeinsames erstes Ausbildungsjahr und spezialisierte Folgejahre. Eine generalisierte Einheitsausbildung lehnt die FDP ab. Die Kinder-, Kranken-</p>

			<p>die Gesundheitsberufe an <b>Hochschulen</b> und Universitäten. Zusammenarbeit von Bund und Ländern zur Finanzierung.</p>	<p>und Altenpflege soll erhalten bleiben.</p>
<p><b>Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsförderung</b></p>				
<p>Die CDU/CSU fordert, die <b>Anstrengungen</b> in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Weiterbildung erheblich zu verstärken. Die <b>Qualifizierung, Vermittlung und Re-Integration</b> in den Arbeitsmarkt soll bei Langzeitarbeitslosen deutlich verbessert werden.</p> <p>Wollen <b>Langzeitarbeitslosen</b>, die aufgrund besonderer Umstände auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Chance haben, verstärkt die Möglichkeit geben, sinnvolle und</p>	<p>Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer <b>"Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung"</b>: Arbeitslose, die innerhalb von drei Monaten keine neue Beschäftigung finden, sollen von der BA ein Angebot für eine Qualifizierungsmaßnahme erhalten, dazu Kompetenzerfassung der Fähigkeiten und Begabungen (Weiterbildungsberatung). Dabei könne geförderte Weiterbildungsmaßnahmen auch der Berufsabschluss oder eine Umschulung sein.</p> <p>Für die Dauer der</p>	<p>Die LINKE fordert, die <b>Mittel für Bildung und Qualifizierung</b> von Erwerbslosen zu erhöhen und einen <b>Rechtsanspruch auf Beratung und Weiterqualifizierung</b> einzuführen.</p> <p>Fordert, dass die Arbeitsagenturen bei der <b>Vergabe</b> die Qualität von Bildung und eine gute Bezahlung der Lehrkräfte in den Mittelpunkt stellen. Hierbei sollen die geltenden tariflichen Bestimmungen für alle Anbieter verbindlich</p>	<p>Mit <b>Arbeitsversicherung Weiterbildung ermöglichen</b>: Die Arbeitsversicherung soll unterstützen und vorbeugend, unter Berücksichtigung der Veränderung von Branchen und Kompetenzen, durch Weiterbildung und Qualifizierung vor Arbeitslosigkeit schützen: „berufsbegleitende Qualifizierung“.</p> <p>Erwerbslose Menschen sollen in gut ausgestatteten Jobcentern und</p>	<p>Ziel der Arbeitsmarktpolitik soll es sein, dass Arbeitslose schnellstmöglich wieder den Einstieg in einen Job finden. Wenn es aufgrund der persönlichen Situation richtig erscheine, sollte Arbeitslosigkeit für bessere Qualifizierung genutzt werden (<b>"Arbeitslosengeld Weiterbildung"</b>). Die FDP will nicht mehr Geld ausgeben, sondern bei Ausgaben prüfen, ob nicht</p>

<p>gesellschaftlich wertige Tätigkeiten auszuüben.</p> <p>Jungen Menschen, deren Eltern von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, soll der Weg in Ausbildung und Arbeit in ganz Deutschland geebnet werden.</p>	<p>Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen soll es das neue <b>Arbeitslosengeld Q</b> geben. Der Bezug wird nicht auf das ALG angerechnet. Die Höhe entspricht jedoch diesem.</p> <p>Aufbauend auf einer Beratung könnten im Bedarfsfall <b>berufsbegleitend Qualifizierungsmaßnahmen</b> durch die Arbeitsversicherung gefördert werden.</p> <p>Abschaffung von sachgrundlose Befristungen.</p>	<p>sein.</p> <p>Schlägt einen <b>Weiterbildungsfonds</b> vor, damit sich alle Unternehmen gleichermaßen an der Finanzierung der beruflichen Weiterbildung beteiligen.</p> <p>Fordert die Schaffung eines <b>öffentlich geförderten Beschäftigungssektors</b> mit zusätzlichen Arbeitsplätzen.</p>	<p>Agenturen passgenau mit zugeschnittenen Angeboten (z.B. Qualifizierung, Sprachförderung, Job-Coaching und unterstützte Beschäftigung, Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse) betreut werden.</p> <p>Schaffung eines "sozialen Arbeitsmarktes" für Langzeitarbeitslose.</p>	<p>besser in Qualifikation als in Transferzahlungen investiert werden kann.</p> <p>Vorschlag eine <b>Gesamtkonzeptes</b> aus Um- und Neuqualifizierung, Hilfen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Schuldnerberatung und psychosoziale Betreuung. Notwendig sei, künftig auch Grundfertigkeiten fördern zu können und bei abschlussorientierten Umschulungen Bürokratie abzubauen.</p>
<p><b>Berufliche Weiterbildung</b></p>				
<p>Fordert eine <b>Nationale Weiterbildungsstrategie</b> Diese soll gemeinsam mit Arbeitgebern,</p>	<p>Fordert eine <b>Erhöhung</b> der Investitionen in Weiterbildung und Qualifizierung. Im Rahmen</p>	<p>Will ein <b>umfassendes Recht</b> auf Weiterbildung (bundesweites</p>	<p>Die GRÜNEN fordern eine <b>Arbeitsversicherung</b> (statt Arbeitslosen-</p>	<p>Die FDP fordert, die <b>Weiterbildung von Beschäftigten</b> stärker in den</p>

<p>Gewerkschaften und den zuständigen Stellen erarbeitet werden.</p> <p><b>Familienzeitkonten:</b> Ähnlich einem Girokonto sollen Arbeitnehmer Arbeitszeit ansparen können und bei Bedarf abrufen für Elternzeit, Weiterbildung oder Sabbaticals. Die Modelle sollen mit Tarifpartnern ausgehandelt werden (konkrete Regelungen in Betriebsvereinbarungen oder Tarifverträgen).</p> <p>Der Einsatz von Lebensarbeitszeitkonten soll mehr Spielraum und Anreiz für Weiterbildungen geben.</p>	<p>einer Nationalen Weiterbildungskonferenz sollen Weiterbildungsinstrumente aufeinander abgestimmt werden. Nötig seien ein regionales Fachkräftemonitoring sowie Innovations- und Beratungszentren für Unternehmen zum Thema Arbeiten 4.0.</p> <p>Zudem fordert sie eine <b>Weiterbildungsoffensive:</b> Bestehende Qualifizierungsangebote sollen ausgebaut und aufeinander abgestimmt werden. Schaffung eines Rechts auf Weiterbildung. Aufteilung der Kosten sowie Sicherung des Lebensunterhalts zwischen Betrieb, Gesellschaft und dem Einzelnen.</p> <p><b>Chancenkonto:</b> Alle Arbeitnehmer sollen ein persönliches Chancenkonto erhalten, das mit einem staatlichen Startguthaben ausgestattet ist (zur</p>	<p>Weiterbildungsgesetz). Bei der betrieblichen Weiterbildung sollen Fortbildungsmaßnahmen, die im Interesse der Unternehmen sind, auch von diesen finanziert werden.</p> <p>Volkshochschulen sollen finanziell gestärkt werden, damit sie ihr Angebot ausbauen und kostenfrei anbieten können, insbesondere ihr Angebot zur sprachlichen Förderung von Zugewanderten.</p> <p>Lehrkräfte in der Weiterbildung sollen einen <b>allgemeinverbindlichen Tarifvertrag</b> für alle Bereiche der Weiterbildung erhalten. Honorarverträge sollen in feste Stellen umgewandelt werden.</p> <p>Die LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf</p>	<p>versicherung), die alle Beschäftigten und Selbständigen unterstützt, schon bevor sie arbeitslos werden (präventiv angelegte Weiterbildung und berufsbegleitende Qualifizierung).</p> <p>Weiterentwicklung des <b>Meister-BAföG</b> zu einem Gesetz für lebenslanges Lernen.</p> <p><b>BildungsZeit Plus:</b> Mit einem Mix aus Darlehen und Zuschuss sollen Menschen die Zeit und Kosten für Weiterbildungen oder für das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen aufbringen können.</p>	<p>Mittelpunkt zu stellen. Allerdings sei dies eine zentrale Aufgabe der Betriebe.</p> <p>Die FDP fordert staatliche Unterstützung beim <b>Bildungssparen:</b> Für jeden Euro, der für Bildung zur Seite gelegt wird, soll es einen staatlichen Zuschuss geben. Um unabhängig von Beschäftigung fortlaufend Investitionen in die eigene Weiterbildung zu unterstützen, soll darüber hinaus ähnlich dem Bausparen ein einfaches und unbürokratisches Modell für Bildungssparen steuerlich gefördert werden. "Sinnvolle"</p>
--	--	---	--	--

	<p>Finanzierung von Weiterbildung und Qualifizierung).</p> <p>Neben Investitionen in Berufsschulen und Lernwerkstätten für Industrie 4.0 Technologien, sollen Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abgeschafft werden.</p>	<p>zeitweise Reduzierung der Arbeitszeit zum Zwecke der Weiterbildung. Der Arbeitgeber soll während der Bildungsteilzeit einen teilweisen Lohnausgleich von mindestens 70 Prozent zahlen. Für Geringverdienende muss ein vollständiger Lohnausgleich durch staatliche Zuschüsse garantiert werden.</p>		<p>Weiterbildungsmaßnahmen sollten im Rahmen des bestehenden Budgets der BA grundsätzlich auch für alle Betriebe mit max. 50 Prozent gefördert werden können.</p>
<p><b>Inklusion</b></p>				
	<p>Unterstützt inklusive Bildung entlang der gesamten Bildungsbiographie.</p> <p>Fordert die Verbesserung der notwendigen räumlichen, technischen und personellen Ressourcen.</p> <p>Kinder- und Jugendhilfe muss entsprechend der Inklusionsbedürfnisse ausgestattet werden. Es sollen inklusive Sozialräume geschaffen werden.</p>	<p>Will die inklusive Schule – eine Schule für alle.</p> <p>Fordert ein <b>Investitionsprogramm Inklusive Bildung</b> von Bund, Ländern und Kommunen, um Bildungseinrichtungen barrierefrei umzubauen und auszustatten.</p> <p>Fordert die Verankerung eines <b>Rechtsanspruchs auf inklusive Bildung</b></p>	<p>Fordern eine <b>gemeinsame Bildungsinitiative für inklusive Bildung</b> mit einer intakten Bildungsinfrastruktur von gut ausgebildeten Lehren, Erziehern, Sozialarbeitern, Künstlern und Handwerkern.</p> <p>Ausstattung von Schulen in</p>	<p>Auch Schüler mit Förderbedarf oder Einschränkungen müssen <b>bestmögliche Bildung und Förderung</b> erhalten.</p> <p>Fordert verbindliche Basisstandards für den gemeinsamen</p>

	<p>Verbesserung des Übergangs von Schule zur Ausbildung und zum Beruf ebenso wie der Weg von Werkstätten hin zum allgemeinen Arbeitsmarkt.</p> <p>Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen sind unverzichtbar, generelle Regelungen zur Barrierefreiheit am Arbeitsplatz; streben einen inklusiven Arbeitsmarkt ohne Lohndiskriminierung an.</p>	<p>in jedem Schulgesetz.</p> <p>Zwei-Lehrerinnen bzw. Zwei-Lehrer-System als Rahmenbedingung und Abschaffung der Förderschulen.</p>	<p>benachteiligten Stadtquartieren oder Regionen mit mehr pädagogischem Personal und Mitteln mittels eines <b>Bundesprogramms</b>.</p>	<p>Unterricht.</p> <p>„Die Schließung von Förderschulen, in denen Kinder passend zu ihrem Bedarf gefördert werden konnten, war ein Fehler. Das Ziel, Kinder mit Förderbedarf weitgehend in Regelschulen zu integrieren, war aber richtig.“</p>
<b>Integration</b>				
<p>Wollen künftig noch stärkere Förderung des Spracherwerbs und setzen dabei auf frühkindliche Sprachförderung sowie <b>Sprach- und Integrationskurse</b>.</p> <p>Durch regelmäßiges Integrations- Monitoring sollen Bemühungen überprüft und Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt werden.</p>	<p>Schule und Bildung sind der Schlüssel zur <b>Integration</b>: Das Ende der (Berufs-)Schulpflicht soll nicht dazu führen, dass Jugendliche keine Chance erhalten, eine Schule zu besuchen, denn die Berufsschulen haben eine Brückenfunktion bei Spracherwerb und ersten praktischen Erfahrungen.</p> <p>Bessere Ausrichtung der <b>Integrationskurse</b> auf Zielgruppen.</p> <p><b>Integrationskurse</b> sollen</p>	<p>Fordern Bund-Länder-Programm <b>"Sofortmaßnahmen in der Bildung"</b></p> <p>Mitfinanzierung vom Bund, Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten, Erstausrüstung an Schulbedarf für alle Kinder, zusätzliche Sprach- und Alphabetisierungskurse,</p>	<p>Fordern <b>Anspruch auf Teilnahme</b> an einem Integrationskurs für alle Asylsuchenden von Anfang an. Integration in den Arbeitsmarkt soll durch frühzeitige Bildungsangebote und passende Sprachförderung ermöglicht werden.</p> <p>Fordern angemessene <b>Bezahlung</b> der Kursleiter-/innen der Integrationskurse.</p>	<p>Fordert ein neues, <b>modulares Integrationsprogramm</b>, das die individuelle Förderung ermöglicht.</p> <p>Fordert ein <b>sofortiges Teilnahmerecht</b> für Flüchtlinge am Unterricht, auch wenn die Aufenthaltsdauer unklar oder nur kurz ist.</p>

<p>Alle Flüchtlinge mit Bleibeperspektive sollen baldmöglichst ihren Lebensunterhalt bestreiten können, dazu seien das Erlernen der deutschen Sprache und die Bereitschaft zu beruflicher Bildung unerlässlich (auch: Abschluss <b>verbindlicher Integrationsvereinbarungen</b>).</p>	<p>grundsätzlich allen Asylbewerbern sowie Geduldeten offenstehen, sofern nicht von vornherein klar ist, dass sie nicht in Deutschland bleiben.</p> <p>Will die Integrationskurse und die <b>berufsbezogene Sprachförderung</b> besser mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie der Berufsorientierung, der Ausbildung und der Beschäftigung in Betrieben verbinden.</p> <p>Ausbau der Sprachkurs-, Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote sowie Anerkennung Ausländischer Studien- und Berufsabschlüssen und Nachqualifizierung mittels Kompetenzfeststellung, die jedem ermöglicht werden soll</p> <p><b>Rechtsanspruch auf Beratung zum Anerkennungsverfahren</b>, hierfür entstehende Kosten sollen sozialverträglicher gestaltet werden.</p> <p>Es soll die Migrations- und Integrationsforschung gestärkt werden.</p>	<p>Informationen zu Berufsausbildungen.</p> <p><b>Schulsozialarbeit</b> als fester Bestandteil von schulischer Arbeit dauerhaft an jeder Schule</p> <p>Erhalt einer Arbeitserlaubnis drei Monate nach Ankunft.</p>	<p>Schnellere Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen und Abbau bürokratischer Hürden.</p> <p>Schaffung von niedrigschwelligen Angeboten im Bereich Sprach- und Integrationskurse als auch im Bereich der Arbeitsagenturen für geflüchtete Frauen</p> <p>Asylsuchende und Geduldete sollen <b>rechtssichere</b> Aufenthaltstitel für die Ausbildung und anschließende Beschäftigung erhalten - keine Differenzierung nach Bleiberechtperspektiven -.</p>	<p>Verbesserung der Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse.</p>
---	---	--	--	---

